

DenkGerecht!

Nr. 14 | Dezember 2022

Die Zeitung der KAB im Bistum Essen



FACHTAG

Bildung als Chance

Beim ersten Fachtag der KAB auf Zeche Zollverein war das Mutmachen ein wichtiges Thema.

[» Seite 2](#)

GESELLSCHAFT

Arbeit und Armut

Forscher Christoph Butterwegge erläutert, warum die soziale Schere immer weiter auseinander geht.

[» Seite 6](#)

RENTE

Systeme im Vergleich

Die Altersversorgung ist in anderen Ländern Europas besser geregelt als in Deutschland.

[» Seite 10](#)

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

Niemals zuvor ist die Adventszeit von einem so großen Sportereignis begleitet worden wie der Fußball-Weltmeisterschaft in diesem Jahr. Am ersten Advent spielte Deutschland gegen Spanien, und für den vierten Advent war sogar das WM-Endspiel angesetzt. In meiner Gemeinde vor Ort ist dieses Jahr unser traditionelles Singen am Abend des vierten Adventssonntages abgesagt worden, was ich als bekennender Fußballfan nachvollziehen kann: Fußball ist eine der beliebtesten Sportarten weltweit und in Deutschland unser Nationalsport.

Als Fußball-Fan und gläubiger Christ war es nicht einfach, sich richtig zu fokussieren. Oder war es vielleicht jetzt sogar wichtiger als sonst, seinen eigenen Fokus zu finden? Mir fällt dazu der Kanon ein: „Gottes Wort ist wie Licht in der Nacht, es hat Hoffnung und Zukunft gebracht; es gibt Trost, es gibt Halt in Bedrängnis, Not und Ängsten, ist wie ein Stern in der Dunkelheit“ (GL 450). Eine Hoffnung und eine Zukunft, eine Zukunft auf ein besseres und freieres Leben. Etwas, das uns eine Idee davon gibt, wie eine positive Entwicklung aussehen könnte.

Als KAB schauen wir von jeher sehr genau auf prekäre Arbeitsverhältnisse und die damit einhergehenden prekären Lebensbedingungen. Wir stehen klar für eine Abschaffung prekärer Verhältnisse. Einige von Ihnen waren im September bei unserem ersten Fachtag auf der Zeche Zollverein dabei, bei dem über prekäre Arbeitsbedingungen gesprochen wurde. Es gibt viel Kritik an Katar – Amnesty International spricht mit Blick auf die Lage der Menschenrechte von einem „world cup of shame“ – und auch an den schwierigen klimatischen und ökologischen Bedingungen.

Sylvia Schenk, Juristin und deutsche Sportsprecherin von Transparency International, wird allerdings nicht müde darauf hinzuweisen, dass sich „in keinem Land der Welt so viel zum Guten gewendet hat wie in Katar“. In der Tat konnten die Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen zu positiven Entwicklungen beitragen, von denen andere arabische Länder weit entfernt sind. Mindestlöhne wurden eingeführt, ausbleibende Lohnzahlungen unter Strafe gestellt, das Recht auf Kündigung für die Arbeiterinnen und Arbeiter durchgesetzt (Ende des Kafala-Systems). Dass Schlupflöcher blieben, ändert nichts an grundsätzlich positiven Entwicklungen. „Es gibt Fortschritte“, betont auch Amnesty-Mitarbeiterin Regina Spöttl im Nachrichtenportal Watson.de und fährt fort: „Mit einem Boykott würden diese um Jahre zurückgeworfen.“

Dass im Februar 2015 die WM in den Winter verlegt wurde, um der Sommerhitze in Katar zu entgehen, führte in den christlichen Kirchen zu wenig bis keiner Kritik. Für mich ist die Fußball-WM immer auch ein friedliches Treffen der Nationen; ich denke noch mit großer Freude an die WM 2006 zurück, insbesondere an die tollen Fanfeste in der Glückauf-Kampfbahn in Gelsenkirchen. Meinen Fokus für diese Adventszeit habe ich gefunden: Ich habe mich wie immer auf Weihnachten vorbereitet. Andererseits habe ich aber auch WM-Spiele angeschaut und die damit einhergehende kritische Berichterstattung. Ich spreche offen über die Probleme und die Chancen, die uns in Katar begleitet haben, zähle aber nicht zu dem Personenkreis, welcher diese WM boykottiert hat.

Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest

Bernd Wagner
stellv. Diözesanvorstand



Bildung als Chance für gute Arbeit“ – unter dieser Überschrift hat die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) im Bistum Essen Ende September bei ihrem ersten Fachtag über Perspektiven für Geringqualifizierte auf dem Arbeitsmarkt gesprochen. Vor allem Ansporn und Ermutigung waren hierbei eine gemeinsame Perspektive vieler Beiträge der Veranstaltung auf dem Gelände der Essener Zeche Zollverein – nicht nur für Menschen in vermeintlich ausgeweglenen Berufs- und Lebens-Situationen, sondern auch für gesellschaftliche Kräfte wie die Katholische Kirche.

„Es gibt keinen Grund, den Kopf in den Sand zu stecken. Was es braucht sind Mut und Entschlossenheit sowie Akteure, die vorangehen und den Finger in die Wunde legen und positive Beispiele zeigen“, sagte der CDU-Europaparlamentarier und gebürtige Bochumer Dennis Radtke in einer Podiumsdiskussion mit Weihbischof Lud-



FOTOS: FOTOART4YOU | KAB BISTUM ESSEN

FACHTAG DER KAB

„Bildung ist immer eine Chance“

Beim ersten Fachtag der KAB auf Zeche Zollverein war das Mutmachen ein wichtiges Thema. professionalisierte das Angebot.

ger Schepers, Hans-Christoph Seidel, Geschäftsführer des Bochumer Instituts für soziale Bewegungen, und Wolfgang Hesse, Landesvorsitzender der Katholischen Erwachsenen- und Familienbildung (KEFB).

Schepers verwies auf das eigene Elternhaus und die wichtige Aufgabe des Ermutigens: „Geht nicht gibt's nicht“, sei ein wichtiger Satz seiner Eltern gewesen. „Dabei geht es darum, es immer wieder von Neuem zu versuchen. Der zweite wichtige Satz war

„Das schaffst du schon“. Eine solche Ermutigung sei nicht nur im Elternhaus wichtig, „sondern ist Grundlage aller Bildungsarbeit“, erklärte Schepers.

„Bildung macht gute Arbeit. Zweifellos. Und Bildung hilft, gute Arbeit zu schaffen“, hob unterdessen der Bochumer Wissenschaftler Seidel mit Blick auf sein Forschungsgebiet, die Sozialgeschichte des Ruhrgebiets, hervor. KEFB-Experte Hesse betonte zudem das große Potential der Kirche:

„Kirche hat nach wie vor die Kernkompetenz, den Menschen ins Gewissen zu reden und jedem zu sagen: Ihr müsst etwas tun für den sozialen Ausgleich – und: Bildung ist immer eine Chance“, sagte Hesse.

„Aber wir als Kirche müssen dies auch tun und können uns nicht darauf zurückziehen, dass wir in einer Krise sind“, so Hesse. Vielmehr könne die Kirche ihre Krise überwinden, „indem wir anderen Menschen helfen, ihre Krisen zu überwinden“, so Hesse. Auch Radtke beschrieb dieses Potential, wünschte sich jedoch noch mehr kirchliches Engagement in diesem Bereich, wie er sagte: „Es braucht gesellschaftliche und geistige Führung“, so der Parlamentarier. „An einigen Stellen würde ich mir wünschen, die Kirche würde sich mehr einmischen und lautstark ihre Stimme erheben.“ Die Kirche und Organisationen wie die KAB sollten „hier auch in Zukunft weiter einen Beitrag leisten – vielleicht noch erkennbarer als heute“. Mit Blick



Diskutierten auf Zollverein (v.l.): Weihbischof Ludger Schepers, Dennis Radtke, Markus Warode (Moderator), Wolfgang Hesse und Dr. Hans-Christoph Seidel.

auf das vielfältige Engagement kirchlicher Träger in der beruflichen Bildung betonte Dennis Radtke: „Wenn man sieht, was in den letzten Jahren an vielen Stellen erreicht worden ist, muss man jetzt am Ball bleiben.“

Zu Beginn der Veranstaltung hatte Radtke in einer Keynote über „Menschenwürdige Arbeit – Politik und Bildung“ gesprochen. Der Bochumer Historiker Dr. Hans-Christoph Seidel gab eine wissenschaftliche Einordnung zum Thema aus geschichtlicher Perspektive.

Das Thema menschenwürdige Arbeit begleite ihn bereits sein gesamtes politisches Leben, bekannte Radtke, der vor seiner Zeit als Europaparlamentarier als Gewerkschaftssekretär der IG Bergbau, Chemie, Energie und als Industriekaufmann gearbeitet hat. Er sei „als evangelischer Christ in der CDU einer der wenigen, die die katholische Soziallehre hochhalten“, sagte

er mit einem Augenzwinkern. Viele Jahre lang habe es stets geheißen, Arbeit in Deutschland sei zu teuer und ein großer Niedriglohnsektor nötig. „Mit diesen Folgen haben wir heute noch zu tun“, sagte Radtke, der diese Auffassung nie teilen mochte. Vieles von dem, was damals auf den Weg gebracht worden sei, entspreche einem „sehr neoliberalen Zeitgeist“. Es sei für ihn nun allenfalls ein kleiner Trost, „dass wir es nun mit einer Situation zu tun haben“, in der es nicht mehr einen Arbeitgeber-, sondern einen Arbeitnehmermarkt gebe. Zumal dies auch nur für einen Teil der Beschäftigten gelte

Der Europaparlamentarier ist fest davon überzeugt, dass es einer großen politischen Korrektur bedürfe im Hinblick auf die Festlegung des Mindestlohnes sowie Fragen der Tarifbindung. Dies sei „nicht nur Sache der Sozialpartner“.

tr/spe |

Begegnung, Bildung und Beratung - das sind die Ziele des Styrumer Treffs der KAB und der „Kurbel“. Der Treff ist heute als „Beratungsstelle Arbeit“ zudem eine vom Land mit EU-Mitteln geförderte Einrichtung am Mülheimer Rosenkamp. Ein Blick in die Geschichte zeigt die Entstehung des Styrumer Treffs, der 1999 als Ehrenamtsinitiative des Pfarrgemeinderats St. Maria Rosenkranz begann.

„KAB-Mann Werner Tintrop kam nach einer Pfarrgemeinderatsklausur der Rosenkranz-Pfarrei 1998 zu mir“, erinnert sich Diakon Rainer Könen. „Wir müssen endlich etwas für die Menschen in unserem Quartier tun, die ihre Arbeit verloren haben“, zitiert er Tintrop. Tatsächlich hatte die Arbeitslosigkeit in Deutschland mit 12,3 Prozent (1998) zur Zeit der Gründung des Styrumer Treffs einen Höchststand erreicht.

Der Pfarrgemeinderat sowie der liturgisch wie sozial aktive Diakon und sein Team gingen die Herausforderung an. Noch vor der Jahrtausendwende gab es wöchentlich einen Tag für Begegnungen und Ideen, wie Job-suchende vorankommen könnten. „Wir wollten Menschen aus der Pfarrei und alle, die ihre Arbeitslosigkeit bewältigen mussten, erst mal im Umfeld unseres Kirchturms zusammenbringen“, erinnert sich Rainer Könen.

Pfarrleitung gab dem Projekt keine lange Überlebenszeit.

Der Wille von knapp einem Dutzend Ehrenamtlichen, Arbeitssuchende auch bei Bewerbungen zu unterstützen, führte bald zu speziellen Kursen. Es folgten Computerkurse für Arbeitslose sowie interessierte Rentnerinnen und Rentner, waren 1999 doch Internet und der heimische PC auf dem Vormarsch.

IT-Fachmann Harald Siebert vom Treff-Team sorgte im Gemeindeheim für die nötige Ausrüstung und die Unterstützung der Menschen am Rechner. „Wir mussten die Geräte erst passend aufstellen und mit Software ausrüsten“, berichtet Siebert. Dadurch konnte der Styrumer Treff seinen Be-

Spirituelles Wochenende

Kooperation der KAB im Bistum Essen mit dem Kolping-Bildungswerk

Ein Wochenende zum Auftanken und Besinnen anhand von Bibeltexten, mit Impulsen, kreativen Methoden, Stilleübungen, in der Gruppe oder in Einzelgesprächen bietet die KAB im Bistum Essen in Kooperation mit dem Kolping-Bildungswerk vom 24. bis 26. März 2023 an. Das Wochenende begleiten Stefanie Alders (Gemeindereferentin), Marcel Gabriel-Simon (Bildungs-

referent), Dorothea Dautzenberg (geistl. Wegbegleitung).

Unterkunft ist die Casa Usera des Provinzialats der Schwestern von der Liebe Gottes in Köln (EZ mit Dusche/WC inkl. Vollpension; 229 €). Die Anreise erfolgt selbstständig in Eigenregie. Anmeldeschluss: 24. Februar 2023; info@kolping-dv-essen.de, Tel. 0201-502230

GESCHICHTE

Mehr als Jobcafé und Computerschule

Der Styruer Treff startete 1999 in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit. In der Anfangszeit boten Ehrenamtliche der Rosenkranz-Pfarrei Bewerbungs- und Computerkurse an. Später stieg die KAB im Bistum Essen mit ein und professionalisierte das Angebot. Rainer Könen erinnert sich.



Diakon Rainer Könen blickt auf die Anfänge des Styruer Treffs.

FOTOS: UW

richtung neuer Räume nicht stemmen.

Unter Diözesan-Geschäftsführer Winfried Fockenbergs ließ sich die Bistums-KAB auf finanzielle Verpflichtungen für die Menschen ohne Job ein. Die ehrenamtliche Arbeit der Laien- und Verbandsinitiative für Menschen ohne Job war bald professioneller in Räumen an der Oberhausener Straße gesichert. Allerdings gab die Pfarreileitung dem Projekt keine lange Überlebenszeit. Die Realität sah anders aus: Überzeugte Ehrenamtler des Pfarrgemeinderats und der KAB stemmten das Projekt über viele Jahre.

KAB sichert die Fortführung des Angebots

Rund die Hälfte der Ehrenamtlichen aus Mariä Rosenkranz blieb auch 2017 bei einer weiteren Veränderung im Boot. Sie unterstützten die Essener KAB weiter, als sich die Arbeitnehmer-Bewegung erfolgreich für eine sozialpädagogische Leitung stark machte. Entscheidende zusätzliche Akzente setzte Rainer Könen, seit 2009 im Ruhestand, bereits zu Beginn der 2010er-Jahre: Mit Anderen aus Styrum beteiligte er sich an der neuen Mobbing-Hotline der Betriebsseelsorge im Bistum. Nach dem Ausscheiden des Essener Betriebsseelsorge-Referenten aus der Mobbing-Beratung führten die Styruer die neue Mobbing-Hotline leitend fort.

Nur zögerlich zieht Diakon Könen fast ein Vierteljahrhundert nach der Gründung des Styruer Treffs ein Fazit der vergangenen Jahre. Nur knapp die Hälfte der Zeit von 1999 bis 2022 sei er schließlich in Styrum verantwortlich gewesen, gibt er zu bedenken. Kurz umreißt er dennoch, was wichtig war: „Es lohnt, zuzuhören und Menschen sowie ihre Sorgen zu kennen. Dann können wir mit ihnen arbeiten“, sagt er. Nähe und Verbindungen zählen – egal ob es um Jobsuche, Mobbing oder heute im Treff um Renten-Rat oder um Ausbeutung am Arbeitsplatz geht.

Ulrich Wilmes

sucherinnen und Besuchern von Umgang mit Programmen wie Word bis zum Surfen im World-Wide-Web alles erklären und sie mit praktischen Übungen am PC fit machen.

Bald wurde es zu mühsam, die Rechner nach der Nutzung wegen an-

derer Pfarrheim-Veranstaltungen immer wieder wegzuräumen. „Das machte so keinen Sinn“, berichtet Harald Siebert. Diakon Rainer Könen reagierte: „Da muss jetzt die Essener KAB mit ins Boot.“ Der Pfarrgemeinderat allein konnte die Miete und die Ein-

„Armut fängt nicht erst da an, wo einer hungert“

Die Schere zwischen Arm und Reich geht in Deutschland auseinander – was dieser häufig gehörte Satz bedeutet, wird der Sozialwissenschaftler Christoph Butterwegge nicht müde zu erläutern. Seit Jahren benennt er die Ursachen und veranschaulicht die Konsequenzen. Das ist seine Mission.

Ich bekenne mich dazu, Weltverbesserer zu sein“, sagt Christoph Butterwegge. Und wenngleich er mit seinen 71 Jahren hierfür noch keine Formel gefunden habe, könne er nicht damit aufhören, zu suchen, sagt der Mann, der einer der renommiertesten Forscher zu den Themen Armut, Reichtum und sozialer Ungleichheit ist. Die Schere zwischen Arm und Reich geht in Deutschland auseinander – was dieser häufig gehörte Satz bedeutet, wird Butterwegge nicht müde zu erläutern. Zum Beispiel auf Basis des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung: Demnach besitzen in Deutschland die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung gut die Hälfte des Nettogesamtvermögens; die ärmeren 50 Prozent kommen gerade einmal auf ein Prozent.

Dreiviertel seiner zahlreichen öffentlichen Vorträge hält Butterwegge in kirchlichen Zusammenhängen, erzählt er. Das zeige, dass die sensibler als andere Organisationen seien. „Die beiden christlichen Kirchen waren schon lauter“, sagt er zwar, aber anders als zur Zeit der Verabschiedung der Hartz-IV-Gesetzgebung seien sie vernehmbar.

Reform des Arbeitsmarktes notwendig

Es ist kalt, an diesem Montagabend in der ehemaligen Lutherkirche in Bochum-Langendreer. Dennoch reicht die Energie Butterwegges und die seiner Zuhörer für fast zwei Stunden. Der Trägerverein hat gemeinsam mit der Katholischen Erwachsenen- und Familienbildung (KEFB) für Bochum und

Wattenscheid sowie Oberhausen und der Pfarrei Liebfrauen an diesem Abend zu einer Begegnung mit dem Armutsforscher der Universität Köln eingeladen.

Butterwegge schaut genau hin. Die Armutsforschung unterscheidet zwi-

schen absoluter und relativer Armut. Absolut arm ist jemand, der seine Grundbedürfnisse nicht befriedigen kann, der hungert, der kein sicheres Trinkwasser hat, über keine Wohnung verfügt oder kein Obdach hat. Jemand, der keine den klimatischen Be-



FOTO: FRANK SCHWARZ/FICKR/CC BY 2.0

Christoph Butterwegge hat immer wieder zu aktuellen und politisch brisanten Fragen öffentlich Stellung bezogen. Er steht damit in der Tradition einer Wissenschaft, die sich der demokratischen Gesellschaft verpflichtet fühlt.

dingungen angemessene Kleidung trägt und eine medizinische Grundversorgung entbehrt.

Relativ arm ist jemand, der seine Grundbedürfnisse befriedigen kann, aber sich vieles von dem nicht leisten kann, was in der Gesellschaft, in der er lebt, für fast alle übrigen Mitglieder als normal gilt. Für Deutschland bedeutet das: Mal mit Freunden essen gehen oder sich in Kneipen treffen oder mal ins Kino oder ins Theater gehen zu können. Armut fängt bei uns also nicht erst da an, wo einer hungert oder friert, betont Butterwegge.

Arm zu sein in einem reichen Land bedeute, ausgegrenzt zu sein: von der Teilhabe am sozialen Leben. Ein Jugendlicher, der in Sommerkleidung im Winter auf dem Schulhof stehe, leide wahrscheinlich mehr darunter, von seinen Klassenkameraden ausgelacht zu werden, „als dass er die Kälte spürt“. Gemäß der Definition der Europäischen Union, gilt derjenige als relativ arm, der weniger als 60 Prozent des mittleren Monatseinkommens zur Verfügung hat. In der Bundesrepublik sind dies nach einer Statistik von 2020 rund 16,6 Prozent. Wenn mehr als ein Sechstel aller Bewohner der Bundesrepublik unter diese Einkommensarmutsgrenze fallen, dann hat Butterwegge dafür nur ein Wort: Das findet er – skandalös.

Erwerbs- und spätere Altersarmut verhindern

Etwa 13,8 Millionen Menschen sind in Deutschland einkommensarm, haben weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Verfügung. Kurios findet Butterwegge es, wenn nach der Logik des Armuts- und Reichtumsbericht ein Studienrat wegen seines monatlichen Nettoeinkommens von 3.600 Euro als einkommensreich gelte, weil er das doppelte des mittleren Einkommens verdiene. Für Butterwegge ist dies eine Verschleierung des tatsächlichen Reichtums. Denn nur jemand, der von den Erträgen seines Vermögens einen hohen Lebensstandard bis zum Ende seines Lebens finanzieren kann, darf laut Butterwegges Definition als reich gelten.

Zu den Ursachen für die immer weiter auseinander klaffende Schere zwischen Arm und Reich zählt der Autor und Hochschullehrer die Deregulierung des Arbeitsmarktes in der Agenda 2010 seines ehemaligen Parteifreundes Gerhard Schröder. Dieser habe einen Niedriglohnsektor etabliert, der inzwischen rund 30 Prozent der Beschäftigung umfasse. Schröder habe damit Millionen von Menschen in die Armut geführt, sagt Butterwegge angesichts einer „breiten Schicht prekärer Beschäftigungsverhältnisse“ – unter anderen in Branchen wie Lieferdiensten und Callcentern. Schröder selbst habe sich 2005 dafür gefeiert, in Deutschland den „besten Niedriglohnsektor in Europa“ geschaffen zu haben.

Hinzu komme die Demontage des Sozialstaates mit der Senkung des Rentenniveaus und der Riesterreform. Auch ein Bürgergeld schaffe hier keine Veränderung; der Grundfehler von Hartz IV bleibe bestehen: dass die alte leistungsorientierte Arbeitslosenhilfe zu einer Fürsorgeleistung des Staates herabgesetzt wurde.

Als dritte Ursache zur Ausbreitung sozialer Ungleichheit benennt der Armutsforscher die Steuerpolitik. Diese handele nach dem Matthäusprinzip „Wer da hat, dem wird gegeben, dass er Fülle habe; wer aber nicht hat, dem wird auch das genommen, was er hat“ (Mt 25,29). Denn die grundgesetzlich verankerte Vermögenssteuer sei ausgesetzt worden, während die für die armen Menschen wesentlich wichtigere Mehrwertsteuer zugleich erhöht wurde.

Butterwegge hält eine Reform des Arbeitsmarktes für notwendig, die den Namen im Unterschied zu Hartz IV wirklich verdiene. Denn durch die Lockerung des Kündigungsschutzes, die Liberalisierung der Leiharbeit, die Einführung von Mini- und Midijobs sowie die Erleichterung von Werk- und Honorarverträgen sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse entstanden, sagt er. „Und zwar massenhaft“.

Butterwegge fordert einen höheren Mindestlohn, um heutige Erwerbs- und spätere Altersarmut verhindern

zu können, sowie ein Verbot oder eine stärkere Reglementierung der Leiharbeit. Oder die Überführung von Mini- und Midijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.

Auseinanderdriften stiftet sozialen Unfrieden

Schon jetzt haben Butterwegge zufolge Pandemie und Energiekrise dafür gesorgt, dass der im Oktober auf 12 Euro erhöhte Mindestlohnbetrag zu gering sei. Die nächste Anhebung 2024 komme viel zu spät. Dass bereits viele ältere Menschen vermehrt von Armut betroffen sind, zeige unterdes der größere Zulauf bei Tafeln und Sozialkaufhäusern. Pandemiefolgen, Inflation und Energiepreisexplosion: Alte Menschen kommen vielfach nicht mehr über die Runden, weiß er.

Außerdem fordert Butterwegge einen „inklusiven Sozialstaat“ an dem alle Einkünfte im Rahmen einer Bürgerversicherung beteiligt werden. Und Vermögen müssten durch eine sozialere Steuerpolitik umverteilt werden. Ein weiteres Auseinanderdriften von Arm und Reich stiftete sozialen Unfrieden, betont Butterwegge. Es führt nach seiner Überzeugung dazu, dass die Gesellschaft sich nicht harmonisch, demokratisch und human entwickeln kann. Die sozial Benachteiligten verfügen über immer weniger Macht und Einfluss – sie gehen beispielsweise auch seltener zur Wahl.

Karitatives Engagement sei zwar richtig und wichtig, es sei aber nicht der Schlüssel: Die karitativen Organisationen müssten ja eigentlich an ihrer Auflösung arbeiten, sagt Butterwegge. Und er nimmt Bezug auf den Jesuiten und Sozialethiker Friedhelm Hengsbach: Dieser habe gesagt, soziale Teilhabe sei ein Begriff, der von oben schaue: „Wir müssten aber von unten gucken, und da ist der Begriff Beteiligung oder Partizipation der richtige.“ Butterwegge sieht in diesem Zusammenhang die Aktion „#IchBin-Armutsbetroffen“ als richtigen Schritt, in die Offensive zu kommen. Nur so lässt sich die Welt etwas verbessern. Hofft er.

Marc Olejniczak und Boris Spornol |



FOTO: KAB

Verein Karfreitagskreuzweg besucht Tisa von der Schulenburg-Archiv

Am 15. November kamen die Mitglieder des Vereins Karfreitagskreuzweg auf der Halde e. V. in Dorsten zusammen. Neben den Beratungen und Beschlüssen für den kommenden Kreuzweg am 7. April 2023 auf der Halde Haniel, besuchten die Vereinsmitglieder das Archiv der Tisa von der Schulenburg-Stiftung. Lambert Lütkenhorst, Vorsitzender der Tisa von der Schulenburg-Stiftung, begleitete die Mitglieder durch den Archivraum mit mehr als 3.500 Exponaten. Die Künstlerin, deren Reliefs, Zeichnungen und

Skizzen durch die Stiftung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, hat eine große Bedeutung für den heimischen Steinkohlebergbau.

„Auch für das Konzept des Kreuzweges auf der Halde Haniel ist das Werk von Tisa von der Schulenburg wesentlich“, betonte Michael Sagenschneider (RAG AG), der die Durchführung des Karfreitagskreuzweg seit Jahren mitorganisiert. An den 15 Stationen des Kreuzweges finden sich in Kupfer geätzte Rohrfederzeichnungen der Ordensschwester, die die Pas-

sion Christi darstellen. „Die Rohrfederzeichnungen verbinden Ruhrgebietsgeschichte, Glaube und Kunst,“ erklärt Andreas Schellhase, Geschäftsführer des Vereins. „Das macht den Kreuzweg auf der Halde Haniel einzigartig.“

Auch im kommenden Jahr wird die RAG-Stiftung die Umsetzung des Karfreitagskreuzweges wieder unterstützen. Das Foto zeigt (v.l.) Lambert Lütkenhorst, Andrea Goldmann, Jürgen Haberl, Dr. Jürgen Cleve und Michael Sagenschneide.



65. Stiftungsfest in Oberhausen

Die KAB Heilig Geist Oberhausen – Bermensfeld feierte am 1. Oktober 2022 ihr 65. Stiftungsfest in der Gebets- und Begegnungsstätte Heilig Geist. Mit einer Heiligen Messe begann das Stiftungsfest. Zelebrant war KAB-Mitglied Pfarrer i.R. Gregor Matena. Der Vorsitzende Heinrich Bernhard Diepmans begrüßte nach dem Gottesdienst die Mitglieder der KAB Hl. Geist sowie den

Trauer um ehemaligen Essener Weihbischof Franz Vorrath

Mit dem emeritierten Weihbischof Franz Vorrath verliert das Bistum Essen einen wahren Menschenfreund und gutherzigen Seelsorger. Die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) trauert um ihren ehemaligen Diözesanpräses, der den Verband in den Jahren von 1982 bis 1986 mit seiner ruhigen und verständnisvollen Art prägte. Sein Einsatz für die KAB, aber auch seine Wärme und Herzlichkeit in der Begegnung mit Menschen, bleiben unvergessen. „Bis zuletzt war er im Herzen Pastor und nah an den Menschen“, erklärte KAB-Diözesanvorsitzender Hermann-Josef Schepers. Vorrath war stets den Menschen zugewandt und nahbar. Auch nach seiner Entpflichtung vom aktiven Dienst als Weihbischof sei das so geblieben. Seinen Lebensabend verbrachte er im Oberhausener Vincenzhaus und kümmerte sich als Seelsorger um die alten und pflegebedürftigen Menschen, um die Beschäftigten und die Ordensschwwestern. „Wir danken ihm für sein Engagement und denken mit Freude und Dankbarkeit an die Augenblicke, die wir mit ihm teilen durften.“



FOTO: NICOLE CRONAUGE | BE

AKTIVENSEMINAR

In guter Verfassung? Strukturen auf dem Prüfstand

Es ist eine gute Tradition, dass sich die Multiplikatoren der KAB auf Diözesanebene zu einer zweitägigen Fortbildung treffen, um sich über aktuelle Inhalte und Anliegen der Vereine oder Stadtverbände auszutauschen. Da es den traditionellen Tagungsort in Zwillbrock nicht mehr gibt, traf man sich im Hotel Nagel in Südlohn. Wie kann man die KAB in Zeiten sinkender Mitgliederzahlen handlungsfähig halten, welche Strukturen sind notwendig und welche nur Ballast? Über diese Fragestellung tauschte man sich in den Gesprächsrunden aus. Trotz unterschiedlicher Ausgangssituation in den einzelnen Stadtverbänden kam man zu dem gemeinsamen Ergebnis, dass zu starre Strukturen und Verfasstheiten die Arbeit mehr lähmen als unterstützen.

So macht es mehr Sinn, statt „notbesetzter“ Gremien auf Stadtebene Möglichkeiten zur freien Beteiligung für engagierte Mitglieder zu schaffen. Eine Option kann auch sein, dass schwache Stadtverbände sich zu Regionalverbänden zusammenschließen. Wichtig ist die Kommunikation der Stadtverbände untereinander, um sich

gegenseitig über besondere Angebote zu informieren, um so mehr Teilnehmer zu gewinnen. Gerade bei zielgruppenorientierten Angeboten ist die Vernetzung wichtiger denn je.

Die Teilnehmer nahmen auch die Kommunikation zwischen der Basis und dem Diözesanverband/ Bildungswerk in den Blick. Die Homepage der KAB soll den Vereinen die Möglichkeit geben, ihre eigenen Termine zu veröffentlichen und so als Vernetzungsplattform untereinander dienen.

Neben den Profilen auf der Homepage muss die fachliche Zuständigkeit der einzelnen Bildungsreferentinnen transparenter werden, damit klar wird, wer inhaltlich für KAB-Themen ansprechbar ist. Das aktuelle Referentenverzeichnis von 2019 soll überarbeitet und den Vereinen und Gruppierungen zugeleitet werden. Es gibt eine Übersicht über haupt- und nebenamtliche Referenten und außerdem Anregungen für inhaltliche Gestaltung. Einstimmig votierten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen für die Fortführung der Aktivenseminare, gerne auch wieder im Hotel Nagel.

Barbara Reene-Spillmann |



FOTO: KAB

Stadtvorsitzenden der KAB Helmut Bennewa. Zusammen führten sie die Feierlichkeiten zur Jubilarehrung durch. Geehrt wurden die Mitglieder Anneliese Mallmann für 75 Jahre Mitgliedschaft und Pfarrer i.R. Gregor Matena für 50 Jahre Mitgliedschaft. Beim anschließenden gemütlichen Beisammensein mit Imbiss und Geschichten aus dem Vereinsleben klang der Abend aus.

Die Rente ist sicher.“ 1986 formulierte der damalige Arbeitsminister Norbert Blüm von der CDU diesen denkwürdigen Satz. Als ich 1988 meine Referententätigkeit bei der KAB aufnahm, wurde die Zukunft der Rentenversicherung schon vielfach diskutiert, und durch die Jahre entstand zunehmend der Eindruck, dass die so sichere Rente und mit ihr das ganze System eher ein Patient auf der Intensivstation ist. In den 1990er bzw. frühen 2000er Jahren erarbeiteten auch die katholischen Sozialverbände unter Federführung der KAB ihr Drei-Stufen-Rentenmodell. Es sieht neben der steuerfinanzierten Grundrente auch die beitragsbezogenen Rente als ein wesentliches Element vor.

Im Folgenden stelle ich Rentensysteme aus drei europäischen Ländern vor, deren Wirtschafts- und Sozialstandard mit Deutschland vergleichbar ist. Das sind die Systeme unserer Nachbarländer Österreich und Niederlande, dazu das schwedische. Denn gerade in diesem skandinavischen Land wurde der volksversorgende Wohlfahrtsstaat in den letzten 30 Jahren allmählich abgebaut und umgewandelt.

Das Rentensystem der Niederlande

Das niederländische Rentensystem gilt laut OECD als eines der besten der Welt, denn im Schnitt bekommen niederländische Rentnerinnen und Rentner 98 Prozent ihres durchschnittlichen Bruttogehalts. Ja, richtig gelesen: 98 Prozent! Die Niederländer nennen ihr Rentensystem „Cappuccino-Modell“. Es besteht aus drei Zutaten: Den Kaffee gibt es in Form der Grundrente für jeden, das Sahnehäubchen liefert die betriebliche Altersvorsorge und die private Vorsorge gleicht den Schokostreuseln.

Grundrente für alle Wer zwischen seinem 15. und 65. Lebensjahr 50 Jahre in den Niederlanden gelebt hat, hat mit dem 65. Lebensjahr Anspruch auf eine Grundrente, die sogenannte Allgemeine Ouderdomswet (AOW). Alleinstehende erhalten bis zu 70 Prozent des Mindestlohns als staatliche Rente. Diese Grundrente erhalten alle Bürger auch, wenn



RENTENSYSTEME IN EUROPA

Von Sahnehäubchen, Schokostreuseln und Prämienrente

Ein Vergleich der Systeme zeigt: Schweden garantiert sozial nicht mehr alles. Die Niederlande ermöglichen 98 Prozent Rente vom Lohn/Billiger Krankenversichert als in Deutschland

sie nie gearbeitet haben. In Deutschland gibt es in solchen Fällen nur die Grundversicherung im Alter, die in etwa dem Hartz-IV-Satz entspricht. Aktuell beträgt diese niederländische Grundrente für Alleinstehende 1.218,16 Euro im Monat, Paare bekommen 1.665,72 Euro. Die Grundrente AOW wird aus Sozialabgaben mit etwa 18 Prozent vom Lohn gezahlt. Der Arbeitgeber gibt nichts dazu. Niederländer sagen: „Du arbeitest für die Rente.“

Betriebsrenten quasi flächendeckend: Berufstätige bekommen eine weitaus höhere Rente dank der zweiten Säule: das ist die betriebliche Altersvorsorge. Die Betriebsrenten sind quasi flächendeckend ausgebaut. So gut wie alle abhängig Beschäftigten zahlen dabei gemeinsam mit den Arbeitgebern in einen Pensionsfonds ein. Mit steigendem Einkommen steigen auch die Beiträge. Mit der betrieblichen Altersvorsorge

können erwerbstätige Arbeitnehmer zusammen mit der Grundrente bis zum 60. Lebensjahr eine Versorgung von insgesamt 70 Prozent des zuletzt bezogenen Verdienstes aufbauen. Hier hat der Staat in den vergangenen Jahren regulierend eingegriffen. So kam man mit den Tarifparteien überein, auch Arbeitnehmer über 60 Jahre im Arbeitsprozess zu halten. Sie können dann Renten von bis zu 100 Prozent des letzten Verdienstes aufbauen.

Allerdings ist auch das niederländische Modell nicht frei von Problemen: Die Pensionsfonds sind kapitalmarktgedeckt und leiden unter Niedrigzinsphasen einstmalig Versprochenes werfen viele Fonds nicht mehr ab. Auch Defizite nach der Finanzkrise führten zur Verunsicherung gerade bei den Jüngeren. Die private Zusatzversorgung ist genau wie in Deutschland freiwillig, wird aber vom Staat gefördert.



FOTO: MICHAEL SCHWARZENBERGER/PIXABAY

Schweden – jetzt vier Säulen der Rente

Seit 1999 erfolgt in Schweden eine Umstellung des Rentensystems. Die bisherige Volksrente wird allmählich abgelöst. An ihre Stelle tritt für alle nach 1953 geborenen Personen ein neues staatliches Alterssicherungssystem, das vier Bausteine enthält: Eine steuerfinanzierte Grundrente, dazu die beitragsfinanzierte staatliche Alterssicherung und die Prämienrente, zudem die betriebliche Altersversorgung und die Privatrente (private Vorsorge). Die steuerfinanzierte Garantierente ist am ehesten mit der in Deutschland im Jahre 2005 eingeführten Grundsicherung im Alter zu vergleichen. Sie ist eine Grundsicherung für Personen, die keinen oder nur einen geringen Anspruch auf die einkommensabhängige Altersrente bzw. die Prämienrente erworben haben. Sie beträgt derzeit monatlich umgerechnet max. ca. 828 Euro für Ledige und höchstens rund 738 Euro für Verheiratete. Die volle Garantierente erhält, wer zwischen dem 25. und 64. Lebensjahr 40 Jahre Leben in Schweden nachweist.

Staatliche Alterssicherung und verpflichtete Prämienrente: Die zweite Säule des schwedischen Alterssicherungssystems besteht aus der einkommensbezogenen staatlichen Altersrente und der obligatorischen Prämienrente. Arbeitgeber zahlen elf; Arbeitnehmer einen Anteil von 7,5 Prozent des Einkommens. Die obligatorischen Beiträge zur personengebundenen Prämienrente (2,5 Prozent des Einkommens) werden von An-

lagefonds verwaltet, die die Versicherten selbst bestimmen und zahlen. Es existieren über 800 Fonds, rendite-trächtige mit mehr Anlagerisiko oder auch sicherere Rentenfonds mit entsprechend geringeren Renditechancen oder Mischformen.

Auch Selbstständige zahlen ein: Die einkommensbezogene Altersrente des Staates und die Prämienrente sind Versicherungssysteme für Erwerbstätige, in denen Arbeitnehmer und Selbstständige versichert sind und in die auch mit den Beamten in Deutschland vergleichbare Beschäftigte des Staates einbezogen sind. Die staatliche Alterssicherung wird durch über Betriebsvereinbarungen gesicherte betriebliche sowie private Altersvorsorge ergänzt.

Betriebsrente für fast alle: Auch die betriebliche Altersversorgung setzt stark auf Aktien. 90 Prozent der Beschäftigten erhalten Betriebsrenten. Sie sind quasi obligatorisch und zwischen den Tarifpartnern verbindlich verankert. Die Unternehmen führen 4,5 Prozent des Einkommens in die betrieblichen Sparpläne ab. Die Arbeitnehmer können einzahlen, müssen es aber nicht.

Österreich: Das bessere deutsche System?

Wie in Deutschland, nur (noch) viel besser für Frauen – so könnte man das österreichische Rentensystem umschreiben. Es funktioniert ebenfalls per Umlagesystem. Die Beitragssätze liegen etwa vier Prozentpunkte über den deutschen. Die Renten werden aus Beiträgen und staatlichen Zuschüssen aus Steuermitteln bezahlt. Da es in Österreich keine Pflegeversicherung gibt und Krankenversicherungsbeiträge sehr niedrig sind, kommt es aber nicht zu höheren Belastungen der Arbeitnehmer als bei uns.

Auch Beamte zahlen: Auch Österreich ist das gelungen, was in Deutschland (angeblich) unmöglich ist, nämlich Selbstständige und Beamte in die Rentenversicherung einzubeziehen. Der Beitragssatz liegt seit 1988 unverändert bei 22,8 Prozent, wobei die Arbeitgeber 12,55 Prozent, Arbeitnehmer 10,25 Prozent zahlen. Diese breite Finanzierungs-

basis macht offenbar die vergleichsweise hohen Leistungen möglich. Die durchschnittliche Rente liegt in Österreich bei 2.214,73 Euro im Monat, 14 Mal gezahlt, auch als Urlaubs- und Weihnachts-„Rente“. In Deutschland kommt der Standard-Rentner nach 45 Beitragsjahren nur auf 1.418,80 Euro, also rund 800 Euro im Monat weniger. In Deutschland kommen oft private Riesenrenten und Betriebsrenten dazu, was es beides in Österreich kaum gibt. Die Renten werden jährlich nach der Inflationsrate angepasst.

Frauen besser gestellt: Da die Dauer der Einzahlung hoch bewertet wird, erhalten auch Geringverdiener, die über viele Jahre arbeiten, eine ordentliche Rente. Nach 30 Beitragsjahren gibt es eine Grundrente von 1.114 Euro. In Deutschland liegt die Grundrente bei etwa 880 Euro nach 33 Beitragsjahren. In Österreich ist keine Rente mit 67 geplant. Noch immer liegt das Regelpensionsalter für Männer bei 65 Jahren und für Frauen bei 60 Jahren. Für ab Juni 1968 geborene Frauen wird das Eintrittsalter stufenweise auf 65 angehoben. Mit Abschlägen können Männer bereits mit 62 in Pension, wenn sie mindestens 40 Beitragsjahre vorweisen.

Kaum Zweifel an der Stabilität: In der öffentlichen Debatte taucht regelmäßig der Nachhaltigkeitsindex des Beratungsunternehmens Mercer auf, bei dem Österreichs Rentensystem schlecht abschneidet. Der Hauptgrund: Es handelt sich um ein öffentliches, umlagefinanziertes System, das kaum Kapitaldeckung vorsieht. Wissenschaftler der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung halten es aber für unwahrscheinlich, dass die Kosten für die Renten in Österreich langfristig aus dem Ruder laufen. Sie verweisen auf Berechnungen der Europäischen Kommission, denen zufolge die Ausgaben für Renten und Pensionen zwischen 2013 und 2060 von 13,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nur auf äußerst moderate 14,4 Prozent steigen würden. Die EU-Kommission bewertet diese Entwicklung als „weitgehend stabil“. Österreichische Rentner und Rentnerinnen fühlen sich nach Umfragen auch deutlich sicherer als die deutschen. Barbara Reene-Spillmann

ABSCHIED

Auf ein letztes Wort...

Sehr oft habe ich für unsere Zeitung Kommentare oder persönlich geprägte Impulse verfasst und mit dieser aus meiner Sicht guten Tradition möchte ich mich auch nach 32 jähriger hauptberuflicher Tätigkeit bei der KAB verabschieden. Selbst an der Schwelle zur Rente stehend, fand ich es spannend, gerade in „meiner“ letzten Ausgabe, mich diesem Thema besonders zu widmen.

Ja, es gibt sie, die Altersarmut in Deutschland, und sie hat oft ein weibliches und altes Gesicht, sie hat das Gesicht der unterbrochenen und unvollständigen Erwerbsbiografien, und in dem Zusammenhang hält die aktuelle Grundsicherung ganz bestimmt nicht dem Vergleich mit den beschriebenen Modellen der Grundrente stand. Und da möchte ich anregen, über Verteilungsgerechtigkeit nachzudenken, mal losgelöst von subjektiver Betroffenheit. Denn zur gesellschaftlichen Realität gehört auch, dass es noch nie so viel gut abgesicherte Rentner gab wie gegenwärtig. Das hat mit Beitragszeiten (so konnte ich noch während des Studiums und in den Semesterferien sozialversicherungspflichtig arbeiten) und dem Rentenniveau zu tun, aber auch damit, dass Frauen immer mehr eigene Renteneinkommen haben, da wo ihre Mütter sich vor 60 Jahren noch für den Wohnzimmerschrank



FOTO: UW

„auszahlen“ ließen. Und es gab gute Zusatzversorgungsmodelle und Betriebsrenten. Viele meiner Generation gehen, wie ich selbst, vorzeitig in Rente, mit Altersteilzeit- oder Vorruhestandsmodellen, die aber immer mit Abzügen verbunden sind. Wir können uns diese Abzüge leisten. Ob unsere Kinder- und Enkelkindergeneration das auch kann?

Deshalb ärgert mich in den letzten krisengeschüttelten Jahren immer mehr das Prinzip „Gießkanne“. Nein, es brauchen nicht alle Rentner Zuwendungen und Unterstützungen, es gibt viele, die es, vielleicht mit ein paar Luxuseinschränkungen, schaffen können. Aber es gibt welche, die es brau-

chen, und sie sollen es bekommen. Alles, was für meine Generation „verschwendet“ wird, geht auf Kosten der nachrückenden jungen Generation, und die dürfen wahrscheinlich, bedingt durch die aktuellen Krisen, noch genug abtragen und bezahlen.

Wie sicher meine Rente ist, weiß ich nicht, denn die letzten Jahre haben gezeigt: Wir haben nicht alles in der Hand, und das ist gut so. Ich beginne diesen neuen Lebensabschnitt mit etwas Wehmut, aber auch Zuversicht, hoffe, dass ich das Rentensystem noch lange „schädigen“ kann und halte es mit dem guten alten Goethe: „Zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag“

Barbara Reene-Spillmann |